

INFOPERU Nr. 30

Der Newsletter der Informationsstelle Peru e.V.

1. September 2014

Inhaltsverzeichnis:

1. Editorial InfoPeru No 30 (Mechthild Ebeling)
2. Deutsch-Peruanisches Rohstoffabkommen I: Licht, Schatten und neue Offenheit (M. Schrick)
3. Deutsch-Peruanisches Rohstoffabkommen II: Risiken und Nebenwirkungen (Isabel Urrutia)
4. Willkür: Ein Augenzeugenbericht vom Pipeline-Leck im Regenwald (Anja Noack)
5. Serie „Peru-Gruppen“: Chachapoyas-Partnerschaft in Berlin (Mechthild Ebeling)
6. Peru erinnert sich an den vergangenen Bürgerkrieg (Alexandra Tost)
7. Frauen im Widerstand gegen den Bergbau I: Máxima Chaupe (H. Willer)
8. Frauen im Widerstand gegen den Bergbau II: Die letzte Königin von Cerro de Pasco (H. Willer)
9. Kommunalwahlen in Peru (Heinz Schulze)
10. Neues Universitätsgesetz (Heinz Schulze)
11. Publikation „Medios, Memoria y Violencia“
12. Neue Broschüre zum Regenwaldschutz
13. Neue Broschüre zu Fairem Gold
14. Veranstaltungen

1. Editorial InfoPeru No 30

Liebe Leserin, lieber Leser!

Wer sich am 14. Juli in Berlin zum Pariser Platz aufmachte, konnte den peruanischen Präsidenten Humala persönlich erblicken, Angela Merkel begrüßend und in die Menge lächelnd. Die Protestrufe in mehreren Sprachen (z.B. “Humala, stop, Hände weg vom Regenwald!”) schien er nicht zur Kenntnis nehmen zu wollen.

Auf seinem Programm stand die Eröffnung des 5. “Petersberger Klimadialogs”, dessen Vorsitzende in diesem Jahr die Bundesumweltministerin Barbara Hendricks und ihr peruanischer Kollege Manuel Pulgar Vidal waren. Dieses internationale Treffen soll die Verhandlungen zum Klimawandel voranbringen und neue Ideen und Konzepte diskutieren. Deshalb unterstrich der zur Eröffnung anwesende Humala auch, dass seine Regierung alles tun werde, um die COP20 in Lima zu einem Erfolg werden zu lassen.

Also doch ein Umweltpräsident? Das kurz zuvor in Peru unterzeichnete “*paquetazo contrambiental*”, das “umweltschädigende Gesetzespaket”, wird von seinen Kritikern als genau

das Gegenteil bewertet! Auch wenn darin die Frist für Umweltverträglichkeitsprüfungen von den lächerlich kurzen 30 Tagen auf 45 verlängert wird, wird das Umweltministerium immer mehr in seinem Einfluß beschnitten zugunsten von Wirtschaftsprojekten und Investitionen. Mehr als 30 Organisationen der peruanischen Zivilgesellschaft wie Bauernorganisationen und -gewerkschaften und auch die Ombudsstelle, die Defensoria del Pueblo, haben scharf das Gesetzespaket kritisiert. Sie gehen davon aus, dass die Institutionalität des Ministeriums und ihre Rolle in der Überwachung und Kontrolle der “Umwelteingriffe” durch Bergbau- und andere Großprojekte minimisiert werden

Der eigentliche Anlass von Humalas Besuch in Berlin war ja auch ein anderer, nämlich die Unterzeichnung des Rohstoffabkommens zwischen den beiden Ländern; für Deutschland ist es das dritte dieser Art (nach der Mongolei und Kasachstan).

Hintergrund ist die Sorge der deutschen Industrie, bei der Versorgung etwa mit wichtigen Metallen ins Hintertreffen zu geraten vor allem gegenüber China. Und gerade im Wettbewerb mit diesem Riesenland gibt sich Deutschland gegenüber Peru “partnerschaftlich”; es vereinbart Technologietransfer, Förderung von Renaturalisierungsmassnahmen, technische Unterstützung und Beratung für mehr Effizienz im Bergbau. Laut Vertrag sollen außerdem “Initiativen zum Umweltschutz unterstützt werden und die Einführung eines Berichtswesens der Unternehmen bezüglich der Nachhaltigkeit ihrer Vorhaben”. Eine binationale Arbeitsgruppe soll u.a. auch die Einhaltung internationaler Umwelt- und Sozialstandards und der Ilo-Konvention 169 (Vorabkonsultation für Indigene Völker) bei der Rohstoffgewinnung monitorieren. Klingt gut – dennoch ist die Kritik an dem Abkommen riesig: Es wurde hinter verschlossenen Türen ausgehandelt, vorbei an den Organisatinen der Zivilgesellschaft und auch vorbei an den Instanzen vor Ort; vor allem die Regionalregierungen hätten dringend einbezogen werden müssen. Diese Intransparenz bei den Verhandlungen lässt nicht erwarten, dass das geplante Monitoring vermehrt die Öffentlichkeit sowie Betroffene einbezieht. -

Das 2008 mit deutscher Hilfe geschaffene Umweltministerium und sein Minister sind, wie der Ex-Vizeumweltminister José de Echave es ausdrückt, inzwischen ein “zahnloser Tiger” geworden, der zwar noch die COP20 leiten wird, aber schon klar weiß, dass Umweltbelange in Peru unter dieser Regierung zweitrangig bleiben werden. – Entgegen diesem “zahnlosen” Minister hat die peruanische Regierung nun einen Innenminister, der als Ex-Militär und Staatssicherheitsverantwortlicher in Ayacucho im Jahr 1988 für die Ermordung eines Journalisten direkt verantwortlich war. Es gab viele empörte Kommentare wegen der Ernennung von Daniel Uresti, vor allem von Seiten von Opferverbänden, aber Humala steht hinter diesem so dubiosen Vertreter seiner Regierung! Und von seinem Ministerium ist nicht zu erwarten, dass die weiter wachsende Zahl an Umweltkonflikten im Umfeld der Rohstoffgewinnung in menschenrechtlich verantwortlicher Weise angegangen werden.

All dieser politischen Widersprüchlichkeiten zum Trotz werden wir als zivilgesellschaftlich Engagierte in unseren beiden Ländern den Umweltgipfel COP20-Treffen sehr genau begleiten. Besonders die Belange und Probleme der von den Umweltsünden am stärksten Betroffenen, nämlich der ländlichen und indigenen Bevölkerung, müssen öffentlich gemacht und angegangen werden.

Viel Spaß beim Lesen unseres neuen InfoPeru wünscht

Mechthild Ebeling
(Informationsstelle Peru e.V.)

2. Deutsch-Peruanische Rohstoffpartnerschaft I: Licht, Schatten und neue Offenheit

Seit etwa zwei Jahren war es Gegenstand der Diskussion in Politik, Soligruppen, Hilfswerken und anderen Zusammenhängen: das deutsch-peruanische Rohstoffabkommen.

Die bisher geschlossenen deutschen Rohstoffabkommen mit der Mongolei und mit Kasachstan dienen ja offenbar nur der Sicherung des deutschen Rohstoffhungers und der Förderung von Geschäftsmöglichkeiten für deutsche Unternehmen in den Lieferantenländern und berücksichtigen kaum die Interessen der ländlichen Bevölkerung der Lieferantenländer, so hieß es aus kritischen Mündern. Und jetzt ein Rohstoffabkommen mit Peru, an dem offenbar nur die Regierungen und die ihnen soufflierende Industrie beteiligt sind und dessen Text lange absolut geheim gehalten wurde? Mit einem rohstoffreichen Land, dessen sämtliche Regierungen der letzten Jahre die berechtigten Interessen der Landbevölkerung mit Füßen getreten haben? Die Konflikte brutal niederknüppeln und Verteidiger/innen von Umwelt- und Menschenrechten kriminalisieren lassen? Das ließ Schlimmstes befürchten.

Es war wie verhext: niemand kannte den Text, alle waren auf Mutmaßungen angewiesen. Im Oktober 2013 hieß es nur: das Abkommen ist ausverhandelt und kann unterschrieben werden, wir warten nur darauf, dass es eine neue Bundesregierung und einen Anlass gibt. Aber auch die Abgeordneten des Bundestags kannten das Abkommen nicht. Handverlesene, vom zuständigen Wirtschaftsministerium eingeladene Gäste durften bei einem Besuch im Ministerium das Abkommen einsehen und sich Notizen machen, es aber weder kopieren noch mitnehmen.

War es der stete Tropfen, der den Stein höhlt, waren es dezente Hinweise aus anderen Ministerien wie dem AA, dem BMZ und dem Umweltministerium, dass Dialogbereitschaft mit Soligruppen nicht ansteckend ist, sondern eher die eigenen Bemühungen adelt, oder setzte sich allmählich eigene Erkenntnis durch? Jedenfalls erhielt der bundesweite AK Rohstoffe über Susanne Friess von Misereor, der der Ehrentitel „Steter Tropfen“ gebührt, die Einladung zu einem Gespräch im Wirtschaftsministerium zum Thema Rohstoffpartnerschaft mit Peru. Freundlicherweise lag kommentarlos der Text des Abkommens bei, garniert von einer Studie «Peru: Herausforderungen und Chancen für eine nachhaltige Entwicklung im Rohstoffsektor», die von der Deutsch-Peruanischen Industrie- und Handelskammer, der Deutschen Rohstoffagentur und Germany Trade & Invest gemeinsam erstellt worden war (Download: http://www.bgr.bund.de/DERA/DE/Downloads/studie_peru_gtai.html).

Eine erste Durchsicht des Abkommens ergab wenig Konkretes, sondern eher Absichtserklärungen zur Zusammenarbeit „auf dem Gebiet der Erkundung, Erschließung, Gewinnung, Verarbeitung und Nutzung mineralischer Rohstoffe“ und der „umweltgerechten Stilllegung von Bergwerken und Rekultivierung von Bergwerksregionen“. In der Präambel wird dann auch auf die Leitprinzipien der Vereinten Nationen für Wirtschafts- und Menschenrechte und die Äquator-Prinzipien zur Einhaltung von Umwelt- und Sozialstandards verwiesen, im weiteren Textverlauf findet auch die ILO-Konvention 169 zur Konsultation der indigenen Bevölkerung eine kurze Erwähnung. Der Text des Abkommens ist fertig, Änderungen wird es nicht mehr geben.

In der 130-seitigen Studie wird der Bergbau überwiegend als der Motor der Entwicklung dargestellt, auffallend ist die Unterscheidung zwischen dem industriellen, alle Umwelt- und Menschenrechtsstandards einhaltenden Bergbau und dem informellen Bergbau, bei dem es bedauernswerterweise immer wieder zu Verstößen gegen diese Standards komme. Das Wort „nachhaltige Entwicklung“ im Titel der Studie wird offensichtlich im Sinne der Nachhaltigkeit deutscher Investitionen interpretiert. Deutsches Knowhow ist dann wohl auch bei der „umweltgerechten Stilllegung von Bergwerken und Rekultivierung von Bergwerksregionen“ vorgesehen.

Und so fanden sich am Freitag, 20. Juni, zehn Vertreter/innen von NGOs und der Forschung, darunter von Misereor, des AK Rohstoffe und des FDCL sowie der Autor dieses Berichts, im Wirtschaftsministerium ein, um mit den anwesenden Vertreter/innen von vier Bundesministerien (Wirtschaft, wirtschaftliche Zusammenarbeit, Umwelt und Außen) und den Autoren der Studie über die Rohstoffpartnerschaft und die Studie zu diskutieren. In dem offen geführten Treffen hatten wir Gelegenheit, unsere Meinung zum Abkommen und der Studie zumindest ansatzweise zu äußern – zu Detaildiskussionen fehlte bei dem zweistündigen Gespräch leider die Zeit.

Neben den positiven Punkten, dass die UN-, Äquator- und ILO-Standards erstmals Einzug in ein Rohstoffabkommen gefunden haben, nannten wir auch zahlreiche Kritikpunkte. Exemplarisch wurden die einseitige Orientierung Perus auf den extraktiven Sektor, die fehlende Flächennutzungsplanung, die Kriminalisierung der Proteste und weitere Menschenrechtsthemen sowie die fehlende Regulierung bei Umweltthemen und Wasserrecht genannt. Am Beispiel von Cajamarca (jüngst auf den letzten Platz in der nationalen Armutsstatistik zurückgefallene Region, in der seit über 20 Jahren die größte Goldmine Lateinamerikas arbeitet) machten wir deutlich, dass der Bergbau nicht automatisch zu besserer Einkommensverteilung und zur Armutsminderung beiträgt. Die anwesenden Vertreter/innen der Bundesministerien betonten ihren Willen zur konstruktiven Zusammenarbeit und zur Fortsetzung des begonnenen Dialogs. Sanktionsmechanismen sind nach ihren Aussagen im Abkommen nicht vorgesehen. Die Autoren der Studie mussten zur Kenntnis nehmen, dass wir ihre optimistische Sicht nicht wirklich teilen.

Wie geht es nun weiter?

Nach einer Beratung des Abkommens am 2. Juli im Bundestagsausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, zu der ein Mitglied des AK Rohstoffe als Expertin eingeladen war und an der ich auch teilgenommen habe, könnte das Abkommen Mitte Juli anlässlich des Besuchs von Präsident Humala in Berlin unterzeichnet werden (*Das Abkommen wurde am 14. Juli von den beiden Außenministern unterzeichnet, d.Red.*)

Auf deutscher Seite scheint durchaus eine Bereitschaft vorhanden zu sein, Nichtregierungsorganisationen und die Parlamente in die konkrete Zusammenarbeit einzubeziehen, etwa in die im Abkommen genannte „Deutsch-peruanische Regierungsarbeitsgruppe“. Aber verständlicherweise mochte die deutsche Seite nicht über peruanische Befindlichkeiten reden, insofern ist die „neue Offenheit“ aus dem deutschen Wirtschafts- und weiteren Ministerien wohl zunächst eine etwas einseitige. Wie sich die Umsetzung des Abkommens in beiden Ländern gestaltet und welche Konsequenzen die Studie haben wird, bleibt abzuwarten.

Michael Schrick

3. Deutsch-Peruanisches Rohstoffabkommen II: Risiken und Nebenwirkungen

Dass am 14. Juli 2014 die Rohstoffpartnerschaft zwischen Peru und Deutschland unterschrieben wurde, ist weiterhin eine kaum bekannte Tatsache in Peru. Sowohl über die Verhandlungen als auch über die Unterzeichnung schwieg die Regierung und die nationale Presse war zu sehr mit der WM

beschäftigt, um darüber zu berichten. Trotz dieses allgemeinen Desinteresses äußerten sich einige peruanische NGOs (IDL, Cooperación, Red Muqui) noch kurz vor der Unterzeichnung kritisch über das Abkommen – alles nur Panikmache oder gibt es mehr an der Rohstoffpartnerschaft auszusetzen, als die mangelnde Transparenz mit der sie auf den Weg gebracht wurde?

Die Rohstoffpartnerschaft zwischen Deutschland und Peru folgt dem Modell der bisherigen Partnerschaften mit der Mongolei und Kasachstan und hat das Ziel, die Bergbauaktivitäten in Peru auszuweiten, damit Deutschland einen besseren Zugang zu den für seine Industrie benötigten kritischen Metallen erhält.

Mit dem Instrument der Rohstoffpartnerschaft wird die Rohstoffversorgung Deutschlands aber in Ländern vorangetrieben, in denen der Bergbau gravierende Folgen für die lokale Bevölkerung mit sich bringt, in denen schwache staatliche Institutionen und rechtliche Rahmen sowie grassierende Korruption eine nachhaltige Rohstoffpolitik verhindern und in denen der Rohstoffabbau zwar wirtschaftliches Wachstum aber auch steigende Ungleichheit generiert. Angesichts dieses problematischen Hintergrundes wirkt die neue Rohstoffpartnerschaft als ein Impuls von deutscher Seite, der die peruanische Regierung darin bestärkt, an seinem auf Rohstoffabbau basierenden Entwicklungsmodell festzuhalten. Schon allein dies ist kritikwürdig, denn die Abhängigkeit von den Weltmarktpreisen für Rohstoffe, das Scheitern des Trickle-Down-Effekts und die unabschätzbaren Kosten der Umweltschäden für zukünftige Generationen deuten auf die Untragbarkeit dieses Modells hin.

Sozial- und Umweltverträglichkeit nur Lippenbekenntnis

Im Partnerschaftsabkommen erklären beide Staaten, dass sie sich für eine sozial- und umweltverträgliche, nachhaltige Bergbaupolitik einsetzen. Diese Absicht ist lobenswert, doch wirkt sie als reines Lippenbekenntnis, wenn man bedenkt, dass das Abkommen keine Maßnahmen von Peru fordert, um den von Bergbauunternehmen wiederholt verursachten Umweltschäden vorzubeugen. Das Abkommen beinhaltet auch keine Verbindlichkeiten hinsichtlich der Achtung von Menschenrechten und zur Wahrung der Rechte indigener Völker. Somit ist die durch die Rohstoffpartnerschaft zu fördernde Unternehmens-verantwortung nur freiwillig und hängt vom guten Willen der Unternehmen und der Staaten ab.

In diesem Zusammenhang muss daran erinnert werden, dass der peruanische Staat das Recht indigener Völker auf vorherige Konsultation nur mangelhaft achtet und fördert. Laut dem Partnerschaftsabkommen versichert die peruanische Regierung die Einhaltung internationaler Standards, darunter die ILO-Konvention 169 über die Rechte indigener Völker, doch wird dabei die Tatsache ignoriert, dass 19 Jahre nach in Kraft treten der ILO-Konvention 169 in Peru bisher noch kein einziger Konsultationsprozess für Bergbau durchgeführt wurde. Zudem ist auch hier der politische Wille der peruanischen Regierung nicht im Einklang mit dem Abkommen: Präsident Humala erklärte im Jahr 2013, dass das Recht auf Vorherige Konsultation nicht auf die Andenregion anwendbar wäre, womit er die Rechte indigener Völker in der Umgebung von Bergbauprojekten ignoriert. Trotz dieser eklatanten Missachtung der ILO-Konvention führte Deutschland die Verhandlungen für die Rohstoff-partnerschaft fort. Dadurch sendet dieses Abkommen das gefährliche Signal, dass der Verweis auf die ILO-Konvention in einem bilateralen Abkommen nicht mehr als eine Formalität ist.

Ein Land mit schwachen Institutionen

Die Rohstoffpartnerschaft ist auch deshalb mit Vorsicht zu genießen, weil sie den Ausbau des Bergbaus in einem Land fördert, dessen Institutionen zu schwach und Regierungen zu unwillig sind, um die Einhaltung von Menschenrechten und Umweltstandards zu gewährleisten und zu fördern. Die zahlreichen sozialen Konflikte aufgrund von Bergbauaktivitäten sind nicht zuletzt auf asymmetrische und intransparente Verhandlungsprozesse zwischen Unternehmen und lokaler Bevölkerung sowie auf die mangelnde Einhaltung von Verträgen und Zusagen der Unternehmen zurückzuführen, die vom Staat unzureichend begleitet und beaufsichtigt werden. Besonders erschreckend ist, dass der ohnehin schwache institutionelle Rahmen für nachhaltigen Bergbau kurz vor der Unterzeichnung der Rohstoffpartnerschaft weitere Einschnitte erlitt: Am 12. Juli verabschiedete die peruanische Regierung ein Gesetzespaket, welches die Kompetenzen des Umweltministeriums beschränkt, die Sanktionskompetenz der Umweltaufsichtsbehörde für drei Jahre weitestgehend aussetzt, und Entscheidungsbefugnisse hinsichtlich der Umweltstandards, Schutzgebiete und Raumnutzungsordnung an das gesamte Kabinett überträgt, wodurch die Entscheidungen nicht mehr technisch, sondern politisch begründet werden. Dem Diskurs der peruanischen Regierung folgend, ist dieser sogenannte *paquetazo ambiental*, eine Maßnahme, um das Investitionsklima in Peru zu verbessern, da dieses sich aufgrund des Konsultationsgesetzes sowie des Ausbaus der Umweltgesetzgebung verschlechtert hätte. Vor dem Hintergrund der Vorbereitungen auf die COP20 beweist die Verabschiedung des *paquetazo*, dass die peruanische Regierung nicht den politischen Willen hat, Maßnahmen für eine stärkere Umweltverträglichkeit des Bergbaus zu ergreifen und somit auch nicht die in der Rohstoffpartnerschaft genannte Verpflichtung zu Nachhaltigkeit erfüllen wird.

Positive Elemente des Abkommens ohne Wirkungskraft

Als Gegenleistung für die Förderung deutscher Unternehmen sieht die Rohstoffpartnerschaft einen Wissens- und Technologietransfer vor und verankert auch Beratungs- und Ausbildungsleistungen der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit im Rohstoffsektor. Tatsächlich besteht Beratungsbedarf, um die Kapazitäten der peruanischen Behörden zur Umsetzung der Consulta Previa auszubauen, um die Effizienz der staatlichen Regulierung und Aufsicht zu stärken und um die Rollenaufteilung und Handlungsfähigkeit der Institutionen zu optimieren: Beispielsweise ist das Energie- und Minenministerium, dessen verfassungsgebundene Funktion die Förderung des Rohstoffabbaus ist, auch für die Prüfung von Umweltverträglichkeitsstudien zuständig, was einem Interessenkonflikt gleichkommt. Von der Notwendigkeit der entsprechenden Reformen muss die peruanische Regierung aber noch überzeugt werden und es wird sich zeigen, ob die dem Abkommen entspringende EZ dies leisten kann.

Die Kritik der peruanischen NGOs an der Rohstoffpartnerschaft beruht folglich auf der Einschätzung, dass die positiven Elemente des Abkommens ihre Wirkungskraft einbüßen, solange die Regierung die umwelt- und menschenrechtsverträgliche Gestaltung des Rohstoffsektors der Investitionsförderung unterordnet. Die peruanische Regierung missachtet die in der ILO-Konvention 169 verankerten Rechte der indigenen Bevölkerung und die neuen deregulierenden Tendenzen ihrer Umweltpolitik werden die negativen Folgen des Bergbaus multiplizieren. Somit besteht das Risiko, dass die Rohstoffpartnerschaft nur zu einer Intensivierung des Bergbaus im aktuellen modus operandi führen wird und somit zwar den deutschen Unternehmen zu Gute kommt, aber dies zu Lasten der indigenen Völker, der Umwelt und der Nachhaltigkeit geht.

Isabel Urrutia (Instituto de Defensa Legal)

4. Willkür – ein Augenzeugenbericht vom Pipeline-Leck im Regenwald von Loreto

Wisst ihr was Freiheit ist? Freiheit ist es, den grossen Fluss dein Reich nennen zu können. Freiheit ist es Herr des Waldes zu sein. Freiheit ist es zu schwimmen, mit dem Kanu Fischen zu gehen und den frischen Fisch an den Ufern des Flusses zu braten. Was können wir heute unser Reich nennen? Reich nennen?

Ich sitze mit den Kleinen der indigenen Comunidad Cuninico im Gras. Der Abend ist lau. Neben uns fliesst der Marañón, einer der beiden Geburtsflüsse des Amazonas. Die 6jährige Feli erzählt mir mit glänzenden Augen, wie sie stundenlang geschwommen sind, im Wasser fangen und Verstecken gespielt haben. Dann wird ihr Blick traurig und ernst. „Da war der Fluss noch nicht verseucht“ erklärt mir Syntia (10 J.).

Die beunruhigende Nachricht hatte das Team des Radio Ucamara zuvor in Nauta erreicht: neuer unkontrollierter Erdölausfluss, diesmal nahe Cuninico, Leutungsleck, verantwortlich diesesmal der staatseigene Erdölkonzern Petroperú. Staat und Petroperú lassen verkünden: die Kontaminierung sei nicht bis zum Fluss Marañón gekommen, das Wasser der umliegenden Bevölkerungen wäre sauber, die Ausflussmenge seit gering, die Situation kontrolliert und Säuberungsarbeiten im Gange. Die Verantwortung der Ausmasse will nicht übernommen werden

Syntia erzählt mir, wie sie gesehen haben, als das Erdöl in schwarzen Schlieren den Marañón runtergeflossen kam. „Den ganzen Fluss kam das runter, viel war das.“ Sie erzählt mir von den Nächten, in denen sie und ihre Geschwister nicht schlafen können, weil ihre Haut nach dem Baden so juckt und sie Ausschläge bekommt, oder weil sie Durchfall haben, Koliken, Fieber. Sie erzählt mir von ihrer Angst. Sie weiss doch, dass das Wasser sie und ihre Geschwister krank macht, aber sie müssen es trotzdem trinken, müssen trotzdem baden, sie kochen mit dem Wasser.

Syntia ist 10 Jahre alt. Ihr ernster Blick trifft mich tief, die Augen blicken zu erwachsen in die Welt. Sie erzählt mir auch von ihrem Papa, der zusammen mit anderen Männern und Jugendlichen der Comunidad Cuninico von „den Ingenieuren“ angeheuert wurde und in die schwarze Erdölmasse abtauchen mussten, um die Leitung anzuheben und so das Leck sichern zu können – ohne Schutzkleidung und ohne Information über die Folgekrankheiten. Ohne zu informieren, dass Blei krebserregend ist, Arsen das Nervensystem angreift und Barium in hoher Konzentration zum Tod führt. Die Männer und Jugendlichen arbeiteten über eine Woche in (fast) Ganzkörperkontakt mit purem Erdöl.

Die Perversität lässt mich trocken auflachen, zuerst werden Mensch, Tier, Wasser und Erde verseucht und dann hält man es nicht einmal für nötig Arbeiter zu schicken, man benutzt dieselben Menschen um das Gift wegzumachen. So behandelt Vater Staat seine Söhne.

Das Leitungsrohrrohr liegt in einem Flussarm. Wir wurden zum Ort geführt, um dokumentalisieren zu können. Je näher wir kommen, desto mehr Erdöl ist auszumachen, die letzten Kilometer trägt der Flussarm kein Wasser mehr, pures Erdöl. Auch die Erde ist gezeichnet, die Bäume. Man kann an den Baumstämmen ausmachen, wie hoch das Wasser der Regenzeit gestiegen war, als es zum Leck kam. Schwarz bis auf c.a 1,5 Meter Höhe. Was passiert wenn nun in einem Monat wieder die Regenzeit anfängt?

Langsam durch Gesprächen und in Besuchen weiterer 8 Comunidades, flussauf- und abwärts werden uns die Ausmasse klar. Alle besuchten Orte zeigen die selben Krankheitsymptome auf, man erzählt uns von toten Fischen und Ernährungsproblemen. Die Verantwortlichen wollen den Menschen nicht zuhören, besuchen die Orte nicht. Sie wollen nicht verstehen, dass die Fische auch flussaufwärts wandern, wollen nicht verstehen, dass die fischreichen Flussarme und Seen alle mit

der betroffene Zone verbunden sind und die umliegenden Gemeinschaften nun nicht nur ihre Lebensgrundlage, sondern auch ihre Wirtschaft, ihren Markt verloren haben.

Wer entschädigt die Fischer für die jahrelange Arbeit, die sie nicht verrichten können?

„Wir sehen jetzt, dass die Pflanzen nicht mehr produzieren. Und warum? Die Vorkommnisse wiederholen sich. Wir sprechen nicht von einer Verseuchung, wir sprechen von Kontaminierung von über 40 Jahren. Wir konnten produzieren, auch wenn wir überschwemmt wurden, wir hatten eine Lebensgrundlage. Jetzt wächst der Reis schwarz, Maniok, Bananen, alles wächst schwarz und produziert nicht. Die Erde ist vergiftet.“ Isabele Murayari Ipushima, 37, Leoncio Prado

Im Gespräch mit den Müttern merke ich, dass die Anspannung gross ist, ich spüre Wut, ich spüre Verzweiflung, ich spüre Ohnmacht. Was kann man als Mutter gegen den Staatsapparat und die Macht der Erdölindustrie ausrichten? Die Mütter sind zutiefst verzweifelt, sie wissen nicht was den Kleinen die Zukunft beschert, wissen nicht, wie sie ihre Kinder ernähren sollen...

Wie erklärt man seinen Kindern...?

Wie erklärt man, dass trotzdem das Wasser aus dem Fluss getrunken werden muss, (mangels Alternativen) obwohl es doch Bauchweh macht, Durchfall und der Ausschlag so dolle juckt?

Wie erklärt man, dass Papa ohne leckeren Fisch nach Hause kommt? Toten Fisch hat er gefangen, Boas, Krokodile, alle tot mit Bäuchen schwarz voll Erdöl.

Wie soll man seinen Kindern erklären, dass es wegen Unverantwortlichkeit und Missachtung von Territoriumsrechten durch Regierung und Konzern heute nichts zu essen gibt, dass Wasser, Felder und Fische sind verseucht?

Wie erklärt man, dass sich keiner um die Menschen kümmert, obwohl hinter der Unverantwortlichkeit ein milliardenschwerer Konzern steht und in den Nachrichten die Regierung mit Wirtschaftswachstum und der Finanzlage Perus prahlt?

Wie erklärt man seinen Kindern, dass sich keiner um sie kümmert, weil es nur Indios sind?

Von Anja Melanie Noack, 19 Jahre, seit August 2013 weltwärts-Freiwillige des Welthauses Bielefeld bei Radio Ucamara, Nauta, Loreto

Nachtrag der Redaktion: Die Erdölleitung riss Ende Juni 2014. Der staatliche Erdölkonzern Petroperu musste auf Druck der Öffentlichkeit das Ausmass der Verschmutzung zugeben und wechselte zwar seinen Vorstand aus. Die Aufräumarbeiten vor Ort kommen langsam voran.

5. Serie „Peru-Gruppen“: Die Chachapoyas-Partnerschaft in Berlin

*Wir möchten in unserem InfoPeru regelmässig Peru-Gruppen vorstellen. Den Anfang macht die Chachapoyas-Partnerschaft der katholischen Kirchengemeinde Mater Dolorosa in Berlin. **Wer gerne seine Gruppe / Arbeit vorstellen möchte, sollte sich bei uns melden, wir würden uns sehr darüber freuen!***

Unsere Informationsstelle Peru wurde 1989 gegründet; viele Mitglieder stammen noch immer aus oft kirchlich geprägten Solidaritätsgruppen in ganz Deutschland, die zum Teil seit langer Zeit bestehen und arbeiten, aber auch aus neu entstandenen Gruppen, die einen ganz anderen Charakter haben. Alle haben etwas gemeinsam: Sie wollen den Austausch und das gute Zusammenleben der Völker fördern und beitragen, dass die Lebensbedingungen der Menschen sich nachhaltig verbessern.

Es folgt hier nun ein Interview mit Gertrud Schulz (vom Chachapoyas-Kreis der katholischen Kirchengemeinde Mater Dolorosa in Lankwitz - Berlin) am 20. August. Wir treffen uns in ihrer gemütlichen Wohnung und haben so auch die Gelegenheit, gemeinsam viele Bilder und Berichte zur Historie des Solidaritätskreises sehen zu können.

Wie und wann ist die Gruppe entstanden ?

In den 70er Jahren strebte der damalige Gemeindepfarrer die Partnerschaft mit einer Gemeinde in der "Dritten Welt" an und kam über einen ehemaligen Studienkollegen, der in der Jesuitenmission im Amazonasgebiet arbeitete, auf Peru. Mit Zustimmung der Gemeinde wurde 1979 entschlossen, das kleine Bistum Chachapoyas in den nördlichen Anden (aber zur Amazonasregion gehörend) zu unterstützen. Dort leben heute auf rund 21 000 Quadratkilometern etwa 350 000 Menschen, die von 25 Priestern und 70 Ordensschwestern seelsorgerisch betreut werden. Das Leben ist von Armut geprägt, Gesundheitsversorgung und Zugang zu Schulbildung sind schlecht. Der Partnerschaftswunsch der Berliner Pfarrei wurde vom Bistum gerne angenommen, und bis heute sind enge und sehr freundschaftliche Beziehungen gewachsen.

Frau Schulz, die 30 Jahre Gemeindereferentin in der Pfarrei war und seit kurzem im Ruhestand ist, hat mit anderen MitstreiterInnen insgesamt fünf Mal in die Chachapoyas-Region bereist und erzählt mit Begeisterung von der Offenheit der Menschen dort. Doch die große Armut macht sie immer wieder betroffen. Schon zweimal besuchten auch VertreterInnen der peruanischen Diezöse, auch der Bischof Emiliano Cisneros, die deutsche Hauptstadt.

Was für Projekte unterstützt ihr dort?

Die Liste der Hilfsprojekte ist lang, die in den drei Jahrzehnten umgesetzt wurden, darunter auch etliche Bau- und Renovierungsmassnahmen von kirchlichen Einrichtungen. Frau Schulz ist besonders froh über ein Programm zur Kinderspeisung, die Errichtung des ersten Altenheims für 40 ältere Menschen in der Region und die Finanzierung der Ausbildung von GesundheitshelferInnen (promotores de salud). Das aktuelle Projekt soll ein Internat für Mädchen aus besonders abgelegenen Dörfern fördern. Es sind sozial wichtige Massnahmen, und Frau Schulz betont, dass keine Almosen gegeben werden sollen, sondern eher das "Prinzip der Hilfe zur Selbsthilfe" gelten solle.

Was ist der größte Erfolg?

Dass diese Solidaritätsarbeit über alle personellen, strukturellen und organisatorischen Veränderungen in der Pfarrei hin überdauert hat und die solidarischen Beziehungen zu Chachapoyas weiterhin so stabil sind, darüber ist Frau Schulz sehr froh und stolz. Der jährliche Adventsbasar, für dessen Vorbereitung und Durchführung sich viele Gemeindemitglieder über Wochen hin engagieren, erbringt immer beachtliche Erlöse, die schon seit 1979 der Chachapoyas-Solidaritätsarbeit gewidmet werden. Auch drei bis vier Mal pro Jahr ist die Kollekte für diese Arbeit bestimmt, sowie der Erlös eines Gepa-Verkaufsstandes, der jeden zweiten Sonntag vor und nach den Gottesdiensten organisiert wird.

Wer sind die Mitglieder des Kreises und wie viele seid ihr?

Anfangs waren es mehr feste Mitglieder, heute etwa 15, und dabei bindet z.B. auch die Basararbeit die Gruppe zusammen. Etliche davon machen gerade gemeinsam einen Spanischkurs, denn nachdem der "Gründungspfarrer" im Ruhestand ist, gab es in der Gruppe niemanden mehr, der direkt mit den peruanischen Partnern kommunizieren kann. - In Abstimmung mit dem Pfarrgemeinderat und dem Pfarrvikar will sich die Gruppe in Zukunft unabhängiger machen und vermehrt kirchliche Sozialarbeit in Chachapoyas fördern. Mit viel Freude erzählt Frau Schulz, dass zur Zeit eine junge Freiwillige aus der Gemeinde über den "Weltkirchlichen Freiwilligendienst" für ein Jahr in Chachapoyas tätig ist, und es gibt den Plan, in Zukunft jeweils zwei Freiwillige dorthin zu senden. Dabei besteht die Hoffnung, dass diese jungen Leute sich auch später für die Partnerschaft engagieren werden. Denn Frau Schulz ist sich bewußt, dass die Arbeit nur Zukunft hat, wenn die sich gerade umstrukturierende und unabhängigere neue Gruppe sich auch verjüngt und Menschen unterschiedlichen Alters und Herkunft anspricht.

Kooperiert ihr mit anderen Institutionen oder Gruppen?

Da die Partnerschaft zwischen der Kirchengemeinde Mater Dolorosa und der Diözese Chachapoyas ungleich war, wurde bereits zu Beginn eine Kooperation mit dem Hilfswerk Adveniat vereinbart. Vor allem auch in der Auswahl und Abwicklung der Massnahmen konnte man sich auf die professionelle Hilfe von Adveniat verlassen. Außerdem gibt es eine enge Kooperation mit dem Verein Alianza e.V. aus Dunningen im Scharzwald, welcher ebenfalls eine langjährige und intensive Partnerschaftsbeziehung mit Chachapoyas pflegt.

Wo und wie kann man über eure Arbeit und die Gruppe erfahren?

Im monatlich erscheinenden Pfarrbrief und wöchentlichen Vermeldungen werden Aktivitäten, Treffen der Gruppe etc. angekündigt. Auch wird etwa in der Kirchenzeitung "Unser Erzbistum", welche aber leider keine Umsonstzeitung ist, berichtet, ebenso auf der Homepage der Pfarrei. Aber es fehlt noch eine Öffentlichkeitsarbeit außerhalb der Pfarrei und des kirchlichen Umfeldes. Dies ist ein wichtiges Thema und Aufgabengebiet, das sich die Gruppe in ihrem Umstrukturierungsprozess vorgenommen hat.

Was wünscht ihr euch am meisten für Peru und die PeruanerInnen in der Zukunft?

Hier ist sich Gertrud Schulz ganz klar: Wir wollen mehr Menschenrechte, weniger Gewalt, vor allem die Rechte von Kindern, Jugendlichen und Frauen sollen gestärkt sein! Deshalb wollen wir auch die Arbeit der DEMUNA (Defensoria Municipal del Nino y del Adolescente) fördern, der Beratungsstelle gegen Gewalt gegen Kinder und Jugendliche auf kommunaler Ebene. Und als Gruppe wünschen wir uns weiterhin eine enge Freundschaft zu den Menschen in Chachapoyas und mehr Austausch auch von Peru nach hierher! Und: Die Kirche hier wie dort muss eine Kirche der menschlichen Nähe sein, eine soziale Anlaufstelle!

Mechthild Ebeling

6. Peru erinnert sich an den vergangenen Bürgerkrieg

Vor zwanzig Jahren war Peru ein anderes Land. Dass in der Hauptstadt Bomben hochgingen, dass Strommasten vom Leuchtenden Pfad in die Luft gesprengt wurden und ganz Lima auf einmal in

Dunkel gehüllt war. Dass wegen der Sperrstunden Feste nicht in Bars oder auf der Strasse, sondern in Privathäusern bis in den Morgen hinein gingen. Dass Ayacucho Sperrgebiet war und jeder der aus Ayacucho kam, sofort des Terrorismus verdächtig wurde, und dieser Verdacht ausreichte, um ihn jahrelang im Gefängnis schmoren zu lassen. Dass - wenn überhaupt - Richter mit vermurmeltem Gesicht ein Urteil sprachen. Dass man sein Leben riskierte, wenn man sich in einer Nachbarschaftsinitiative oder sonstwie politisch engagierte - das alles mag kaum glauben, wer Peru heute kennenlernt und ein Land im Wirtschafts- und Tourismustaumel erlebt.

Und doch sind sie da, die Spuren der vergangenen Gewalt. Während sie im Alltag immer mehr verschwinden, tauchen sie in Kunst, Literatur, Film, Uni vermehrt auf. Dokumentarfilme von Betroffenen wie **"Caminantes de la memoria" von Heeder Soto** (<http://vimeo.com/96891433>) oder **"Tempestad en los Andes" des schwedischen Regisseurs Mikael Wiström** (<http://vimeo.com/102177897>) erzählen Geschichten, wie junge Menschen in Peru heute mit der traumatischen Vergangenheit umgehen.

Letztes Jahr wurde die Autobiographie des Lurgio Gavilán "Memorias de un soldado desconocido" zum Bestseller (InfoPeru berichtete darüber (<http://www.infostelle-peru.de/web/ich-bin-kein-opfer-die-unglaubliche-geschichte-des-lurgio-gavilan/>)).

Das Gedenken ist nicht einfach: das Museum für die Opfer des Bürgerkrieges, el "Lugar de la Memoria, la Tolerancia y la Inclusión", ragt zwar als fertiges Gebäude über dem Pazifik, und in seinem Auditorium finden Veranstaltungen statt. Das Museum selber aber existiert noch nicht - die Parteien können sich nicht einigen, wer im Museum vertreten sein soll.

Im nachfolgenden erzählt eine junge Teilnehmerin der Ortsgruppe Lima der Infostelle Peru, die Peru erst seit kurzem kennt, wie sie die Folgen des Bürgerkrieges in Peru wahrnimmt (*Hildegard Willer*)

GEDANKEN BASIEREND AUF EINEM TREFFEN DER INFOSTELLE PERU IN LIMA

Eines Tages kamen Mitglieder der terroristischen Organisation Sendero Luminoso in eine Gemeinde und ermordeten gezielt die Autoritätspersonen. Wenige Tage später tauchten Polizisten auf, die nach angeblichen verdächtigen Kollaborateuren suchten. Sie nahmen einige Personen mit. Diese Personen wurden nie wieder gesehen. Dies ist nur eine exemplarische Szene der Ohnmacht und Verzweiflung in einem Staat ohne Rechte, wie Peru es in den letzten zwei Dekaden des vergangenen Jahrhunderts war.

Etwa zwanzig Jahre sind seit der brutalsten Zeit der jüngeren peruanischen Geschichte vergangen. Dies bedeutet, dass es inzwischen eine neue Generation gibt, die diese Zeit nur aus Erzählungen kennt. Hat die peruanische Jugend ein Recht, sich nicht für die Zeit des Terrorismus und des autokratischen Regimes Fujimoris zu interessieren? Doch was passiert in einem Land ohne Erinnerung? Ohne Aufarbeitung? Ohne einen klaren Bruch mit den düsteren Zeiten der Geschichte? Es besteht die Gefahr, dass die Geschichte sich wiederholt und dass die Narben nie verheilen. Die aktuelle Diskussion um die Errichtung eines Erinnerungsortes bietet die Gelegenheit, die Entwicklungen nach dem Höhepunkt der Gewalt kritisch zu beleuchten. Dass viele Personen nicht dazu bereit sind, die Rolle des Staates in Frage zu stellen, ist unter anderem darin begründet, dass es nie einen echten Bruch mit der Vergangenheit gegeben hat. Sehr wenigen Personen wurde der

Prozess gemacht. Zudem steht die Wahrheitskommission in der Kritik, paternalistisch die Landbevölkerung zu viktimisieren anstatt sie ernsthaft zu beteiligen. Eine Tendenz zu der in Form von Selbst-Viktimisierung auch Opferorganisationen von sich aus tendieren. Dies behindert die Suche nach der Ursachen – also dem was nötig ist, um Wahrheit und Gerechtigkeit zu erreichen, um die dahinterliegenden Strukturen zu verstehen und zu verändern.

Diese Suche ist keineswegs eine Aufgabe, die sich an eine Experten-Kommission delegieren lässt. Diese Suche ist Aufgabe einer Gesellschaft. In der Familie, in den Schulen, den Medien und unter Freunden muss sie geführt werden. Stattdessen herrscht in Peru ein Diskurs, in dem sehr großzügig mit dem Wort „Terroristen“ Personen kriminalisiert werden, sowie eine fast konsensuale Ablehnung des Sendero Luminoso. Doch welche waren die strukturellen Gründe, die zur Entstehung und Stärkung der Guerrilla-Organisation beitrugen? Selbst wenn man dem Sendero Luminoso seinen Diskurs des Klassenkampfes nie geglaubt hat, so ist die soziale Exklusion sicher ein zentraler Faktor gewesen. Manche Bürger hatten nie die gleichen Rechte wie der Rest der Bevölkerung. Dies hängt auch mit dem tief verwurzelten Rassismus zusammen. Ein weiteres Problem stellt die Armee dar, die weiterhin eine Kultur der Überlegenheit über die Zivilbevölkerung pflegt, anstatt für den Erhalt des Lebens einzutreten. Es ist noch ein weiter Weg für Peru. Wird es nun die Abzweigung zur Vergessenheit oder zur Erinnerung wählen?

Alexandra Tost

7. Frauen im Widerstand gegen den Bergbau I: Máxima Chaupe

Asterix gegen die Gallier oder David gegen Goliath: die kleinen mutigen und pfiffigen Widerstandshelden der Literatur sind meist Männer. In Peru ist eine Frau zum Symbol für den Widerstand geworden: die Bäuerin Máxima Acunha de Chaupe und ihre Familie aus Cajamarca.

Seit 10 Jahren weigert sich Máxima Chaupe, ihre 4 Hektar Land an die Bergbaufirma Yanacocha zu verkaufen. Seit Jahren liegt sie deswegen im Streit mit dem Unternehmen Yanacocha, das 5400 Hektar Land an der Blauen Lagune rund ums Dorf Sorochuco aufgekauft hat, mit der Absicht, dort im grossen Stil Gold und Kupfer abzubauen. Máxima Chaupe und ihre Familie dagegen halten eine Besitzurkunde in Händen, die besagt, dass die 4 Hektar Land, auf denen sie wohnen, ihnen gehören. Gegen alle Drohungen und Anfechtungen hält die 42-jährige Máxima Chaupe bis heute die Stellung auf ihrem Stück Land, das inzwischen von Yanacocha-Land umzingelt ist.

Der Rechtsstreit geht seit Jahren hin und her. Unklar ist die Situation deshalb, weil Gemeinschaftsbesitz und Individualbesitz konkurrieren. Die Gemeinde (comunidad) Sorochuco hat ihr Land an Yanacocha verkauft. Bereits vorher haben aber einige Bauern der Gemeinschaft ihr Stück Land abgekauft. Yanacocha verklagte die Familie auf Landfriedensbruch. Der Richter in Cajamarca gab am 5. August der Firma Yanacocha recht und verurteilte Máxima Chaupe und ihre Familie zu zwei Jahren und 8 Monaten Bewährungsstrafe, sowie zur Zahlung von 5500 Soles (rund 1500 Euro). Máxima Chaupe hat dagegen Berufung eingelegt.

Das Urteil gegen die Familie Chaupe hat in der peruanischen und lateinamerikanischen Öffentlichkeit grosse Betroffenheit und Sympathie für die Verurteilten ausgelöst. Máxima Chaupe ist zum Symbol des Widerstands gegen das geplante Bergbauprojekt Conga geworden. Symbol dafür, dass nicht immer die Mächtigen siegen werden.

Wer Máxima Chaupe unterstützen möchte, kann folgenden Protestbrief an die peruanischen Regierungsbehörden unterzeichnen: <https://www.salvalaselva.org/mailalert/965/condenada-por-empresa-minera-maxima-es-inocente>

Die Person der Máxima Chaupe inspiriert junge Künstler in Peru, den Widerstand gegen Conga mit kreativen Formen zu begleiten.

Im Dokumentarfilmprojekt "Guardianes del Agua" (dessen Realisierung man auf <https://www.indiegogo.com/projects/guardianes#home> noch bis 6. September 2014 unterstützen kann) stellen die Regisseure Alexander Luna und Tina Boes die Geschichte der Familie Chaupe dar.

Das Portrait von Máxima Chaupe in diesem Artikel stammt vom peruanischen Maler Roberto López, der seine Bilder vom 11. - 20. September im Welthaus Münster-Hiltrup ausstellt.

8. Frauen im Widerstand gegen den Bergbau II: die letzte Königin von Cerro de Pasco

Als Kind dachte Elizabeth Lino, dass alle Peruaner neben einem grossen Erdloch aufwachsen. Ihr Vater war Bergmann bei der Cerro de Pasco Corporation im Departament Pasco. Die Stadt Cerro de

Pasco liegt bis heute direkt an dem kilometergrossen Abbauloch.

Heute ist Elizabeth Lino 41 Jahre alt und Schauspielerin in Lima. Ihre Heimat neben einer der ältesten Tagebauminen Perus zu haben, ist Quelle und Inspiration für die Figur, die Elizabeth Lino geschaffen hat: die letzte Schönheitskönigin von Cerro de Pasco.

Schönheitsköniginnen sind ein fester Faktor peruanischer Institutionen und Städte: sie sind jung, hübsch, werben für ihre Stadt und äussern sich nie über Politik. Auch die "Ultima Reyna de Cerro de Pasco" alias Elizabeth Lino wirbt für ihre Stadt - für das, was sie dort wirklich vorfindet: in Abendkleid mit Krone und Schärpe macht sie Werbung für das grosse Loch, für den Abraumsee, der längst alle Lagunen aufgesaugt hat; für den Hall der Sprengungen, der das Vogelgezwitscher übertönt.

Mit ihrer Inszenierung zeigt Elizabeth Lino das, was viele Peruaner nicht sehen wollen: die hässlichen Narben des Tagebergbaus in Landschaft und Natur, die mit Schönheit nichts gemein haben.

Ohne auch nur ein schlechtes Wort über Bergbau zu äussern, ist ihre Botschaft klar: Bergbau ist hässlich und schmutzig und umweltschädlich. Schaut genau hin!

Die Performance der Letzten Schönheitskönigin von Cerro de Pasco kann man auch auf youtube finden:

<http://www.youtube.com/watch?v=eYshP4BoYZ8>

Hildegard Willer

9. Kommunalwahlen in Peru

Am 5.10.2014 finden in Peru Regional- und Kommunalwahlen statt. Eine Sorge treibt die demokratischen Kräfte um. Über 300 KandidatInnen für StadträtInnen, BürgermeisterInnen auf Distrikt- und Provinzebene sowie bei den Regionalwahlen (Departements) wurden von den Wahlen ausgeschlossen, weil sie u.a. mit dem Drogenhandel und/oder krimineller Geldwäsche in Verbindung stehen, oder aber wegen sexueller Übergriffe verurteilt wurden.

Einige Beispiele:

Um die Wahlchancen des bisherigen Regionalpräsidenten von Cajamarca zu verringern, wurde dieser in Untersuchungshaft genommen wegen Korruptionsvorwürfen.

Der bisherige Regionalpräsident von Tumbes (nördliche Küste Perus), Vinas Dioses, ist untergetaucht. Er wird der Veruntreuung öffentlicher Gelder bezichtigt und wird gesucht wegen des Verdachtes, drei Morde in Auftrag gegeben zu haben. Drei seiner engsten Verbündeten und Leibwächter wurden erschossen, kurz bevor sie ihre Aussagen vor dem Ermittlungsrichter machen konnten.

Ein Beispiel aus dem Bereich des Drogenhandels ist der Distriktbürgermeister von Monzón (Region Huánuco). Er gehört zur „Elite“ des Drogenhandels und tritt zur Wiederwahl an. Vor der Wahl und während seiner Zeit als Distriktbürgermeister war und ist sein Programm: Ja zur Coca-Produktion in seinem Landkreis, Nein zu allen staatlichen und privaten Alternativen zum Cocaaanbau. Kritikern entgegnet er lapidar: Es würde doch immer gefordert, dass ein Bürgermeister die Interessen seiner Umgebung im Blick haben sollte. Andere Bürgermeisterinnen würden den illegalen Goldabbau fördern, andere Bergbau-Firmen oder Agrarunternehmen. Er unterstütze nicht einmal fremde Interessen sondern nur die seiner Leute.

Dagegen sind die Kandidaten in Lima fast harmlos, aber eben nur fast: der in den Umfragen (immer noch) weit führende Luis Castanheda hatte enge Vertraute mit Verbindung zum Drogenhandel während seiner Amtszeit von 2006 – 2011. Dies hat eine Recherche der Zeitschrift PODER vor einigen Wochen festgestellt. Seiner Popularität scheinen die Anschuldigungen bisher nur wenig Abbruch zu tun, frei nach dem Motto, das viele Wähler zu leiten scheint: „Er stiehlt, aber er tut wenigstens etwas. Roba pero hace obras“.

Die aktuelle Bürgermeisterin von Lima, Susana Villarán, tritt in eine Bündnis mit der Partei Alejandro Toledo zur Wiederwahl an. Noch ist sie in den Umfragen abgeschlagen auf Platz 2, aber nach neuesten Umfragen holt sie auf. Der dritte Kandidat ist der Distriktbürgermeister von San Miguel, Salvador Heresi.

Heinz Schulze/Hildegard Willer

Das im Titel gezeigte Wahlplakat von Luis Castanheda („Roba pero hace obra – si me justificas asi, marca asi“) zirkuliert als Parodie im Internet und gibt die Stimmung vieler Wähler

10. Neues Universitätsgesetz

Egal, ob es der gewöhnliche Juan Perez ist oder ein Dr Juan Perez; immer heißt es: Meine Kinder sollen es einmal besser haben, dafür ist eine gute Bildung ganz wichtig. Ganz gute Bildung bedeutet: Studium an einer Universität - auch wenn die ihr Geld nicht wert ist. Nun hat Peru ein neues Universitätsgesetz bekommen, das für mehr Qualität in der Hochschulbildung sorgen soll.

Das Angebot an Universitäten ist groß in Peru, von 138 anerkannten Universitäten ist die Rede. Die meisten sind privat. Oft ist die Qualität nicht gut, aber für die Kapitaleigner und das Führungspersonal ist es eine gute, manchmal ,dank illegaler Mittel, sogar eine sehr gute Einnahmequelle.

Ein besonders negatives Beispiel dafür ist die private Universität Garcilaso de la Vega in Lima. Nach langer Untersuchung durch die peruanische Rektorenkonferenz wurde der Rektor dieser Universität, Luis Cervantes Linan, wegen grober finanzieller und akademischer Verstöße seines Amtes enthoben. Auf den ersten Blick sah alles ganz normal aus. Gut, er hat einem aktuellen Bezirksbürgermeister einen wissenschaftlichen Titel „verliehen“, obwohl der gar nicht studiert hatte und monatlich ca. 10.000 € verdient. Warum also der ganze Aufstand? Die Untersuchung ergab, dass seine monatlichen Einkünfte in Wahrheit ca. 300.000 € monatlich betrugen. In den Jahren 2005 bis 2013 kamen so ca. 2.7 Millionen € zusammen. Und wie ging das? Er kassierte, weil die Universität wie ein privates Unternehmen geführt wurde, Zulagen, Gewinnbeteiligungen etc. - Und alles aus den Studiengebühren. (La Republica, 18.5.2014, Lima).

Salomon Lerner übt grundsätzliche Kritik am peruanischen Universitätssystem:

Der ehemalige Rektor der Katholischen Universität, Salomón Lerner Febres, kritisiert das fehlende Engagement des peruanischen Staates im Bildungsbereich: Manche der Studierenden hätten Zeit und Geld anders investieren sollen. Er betont, dass lt. Verfassung alle PeruanerInnen ein Recht auf Bildung haben. Viele Universitäten sehen in der Bildung ein Produkt, die Lehrenden sind Anbieter, die dieses Produkt den „Klienten“ (sprich Studierenden) anbieten – und alles gegen eine heftige Bezahlung (500 € und mehr pro Monat sind keine Seltenheit) für dieses Produkt.

Lange wurde es von einigen Seiten gefordert, von den privaten Universitäten heftig bekämpft: Ende Juni 2014 wurde vom peruanischen Parlament das Universitätsgesetz beschlossen.

Der dafür zuständige Kongressabgeordnete Daniel Mora (Partei Peru Posible) äußerte sich dazu in einem längeren Interview: Neu sei jetzt: Die Professoren müssen jetzt in den privaten Universitäten besser bezahlt werden, 25% der ProfessorInnen müssen in Vollzeit arbeiten.

Um zukunftsfähig zu werden, muss Peru mehr in die Bildung investieren. Im Augenblick sind die staatlichen Einnahmen aus den exportierten Rohstoffen am Fallen. Die bisher praktizierte Strategie, dann einfach mehr Tonnen davon zu verkaufen, taugt nach Mora nicht. „Wir betrügen uns weiter mit der Ausfuhr von Mineralien. Nur ein Land mit gut ausgebildeten Menschen kann Rohstoffe verarbeiten“.

Das neue Universitätsgesetz sieht folgendes vor:

Die Rektorenkonferenz mit 139 Rektoren (Asamblea Nacional de Rectores)) wird aufgelöst. Das war zum Schluss nur noch ein Freundeskreis.

Es wird internationale Mindeststandards geben, die alle Universitäten, 89 private und 50 öffentliche, erfüllen müssen. Diejenigen Universitäten, die weiterhin staatliche Zuwendungen erhalten bzw. steuerbefreit bleiben wollen, müssen einen hohen akademischen Standard aufweisen. Einige Besitzer werden ihren Uni-Betrieb einstellen, wenn sie nicht ,wie bisher, 30 oder 40% Gewinn jährlich einstecken können. Bisher ist das Betreiben von privaten Universitäten oder Schulen gewinnbringender als in die Fischerei oder ins Bauwesen zu investieren. Das zeigt sich daran, dass die Holding Interbank 130 Millionen Dollar für einen Anteil von 50% an einer Privatuniversität zahlte, und selbst 19 Privatschulen betreibt. (La Republica, 30.6.2014).

In Zukunft sollen die Universitäten die Gehälter ihrer Rektoren und Chefbeamten offenlegen.

Und das Schulsystem ?

Bei aller Kritik an den Kriterien für die PISA-Untersuchungen: das peruanische Schulsystem belegt dabei immer untere Plätze. Und das, obwohl oder gerade weil es eine starke Lehrergewerkschaft, SUTEP, gibt, die aber wenig Wert auf besseren Unterricht legt, sondern mehr Interesse hat an Ideologie und Gehaltserhöhungen.

Ein Blick auf die Bildungssituation Perus ist, auch aus entwicklungspolitischer Sicht, unvollständig wenn man nur die Universitäten sieht und nicht alles, was „darunter“ ist.

Javier Arévalo ist ein engagierter Verfechter für eine Schule, die fördert und motiviert. Er schaut dabei auf die Schulbildung auf dem Lande und im Regenwald.

In seinem Artikel "Wenn die Kinder Bettler" sind zeigt er einen besonders hervorstechenden Aspekt im peruanischen Bildungssystem auf.

Das staatliche Programm "Juntos (Zusammen)" zahlt 100,- € an die Eltern eines Schülers/Schülerin, wenn diese nicht sitzenbleiben und 75,- € dazu, wenn diese zum besten Drittel in ihrer Klasse gehören. Man mag sich gar nicht vorstellen, wie es in einem Kind aus einer armen Familien geht, wenn dieses diese Leistung nicht erbringt und somit 175,- € für seine Eltern „verliert“. Sie wissen nun genau, dass sie zu dumm sind und deshalb 175,- € verlieren, was enorm viel Geld ist. Wenn ein Staat zu solchen „Stimulanzen“ greifen muss, ist dies nicht ein Indikator für eine schlechte Schulbildung ?

Im peruanischen Regenwald müssen 75% der SchülerInnen in Schulen lernen, die sehr schlechte Bedingungen aufweisen. Wie ist an solchen Schulen ein wirkliches Lernen möglich ? Auf die Kritik wegen der schlechten Ausstattung reagiert das Bildungsministerium gerne: Der Staat tue doch etwas. Es gäbe doch sog. „Bildungspakete“, z.Bsp. Bücherpakete, um den Unterricht zu verbessern. Dabei handelt es sich um Bücher, von denen jemand im Erziehungsministerium meinte, das müssten alle Kinder in Peru lesen. Und die Praxis? Hierzu stellt Arévalo fest: Weil der Direktor dafür verantwortlich ist, dass nichts weggommt oder beschädigt wird, bleiben die Sachen schön im Karton eingepackt.

Es bedarf weiter großer Anstrengungen, damit die Potentiale der Kinder „ausgepackt“ werden. Hierzu können auch private Initiativen wie die von Carlos Ch. in Huanuco dienen, wo in einer Schule mit Konzepten gelernt wird, die die Eigeninitiative von SchülerInnen und LehrerInnen fördert und Bildung nicht als „Fütterungsvorgang“ begreift.

(Aus Inforegion, 3/2014, gekürzt, mit eigenen Anmerkungen, Heinz Schulze)

11. Neue Publikation „Medios, memoria y violencia“

"Medios, memoria y violencia" - unter diesem Titel veranstalteten die Universität Hamburg und die Universität Ruiz de Montoya im März bzw. Juli 2011 zwei Kolloquien mit Wissenschaftlern aus

Literatur, Journalismus, Politikwissenschaften, Jura, Geographie und Soziologie.

Im Juli 2014 erschienen nun der Band mit den Vorträgen, die in Hamburg gehalten wurden. Das Buch vereint Artikel von Salomón Lerner Febres, Rocio Silva-Santisteban, Markus Klaus Schäffauer, Ulrich Goedeking, Victor Vich, Jorge Aragón, Raine Huhle, Gaby Franger, Wulf Oesterreicher, Franka Winter, Walter Bruno Berg, Felix Reátegui, Erick Ramos, Markus Weissert, César Bazán, Kerstin Kastenholz, Teresa Ruiz Rosas und Hildegard Willer unter den folgenden sechs Blöcken:

Memoria, violencia - experiencias de la Comisión de la Verdad/Procesamiento medial de la violencia/Procesamiento en el arte popular/Jovenes investigadores y expertos informan sobre sus

aktividades relacionadas en el Perú/La Memoria y la construcción de nuevos conflictos sociales/ Apéndice: Textos relacionados con el tema del coloquio

Das Buch in spanischer Sprache kann bestellt werden bei der Co-Herausgeberin Blanca Segura-García: blanca@segura-garcia.de

12. Neue Broschüre zum Regenwaldschutz

Den Regenwald zu schützen, hat auch für unser Leben in Europa Auswirkungen. Die Partnerschaft zwischen den Asháninka im peruanischen Regenwald und der Stadt München weist seit Jahren auf diesen Zusammenhang hin.

Dies tut sie auch in ihrer neuen Broschüre “Regenwaldschutz – Schutz von Klima und Menschen”. Darin wird die Geschichte der Partnerschaft erzählt, der rechtliche Rahmen für indigene Völker erläutert und Anregung gegeben, wie sich der einzelne engagieren kann.

Die lesenswerte Broschüre hat 28 Seiten und kann hier heruntergeladen werden.

[Broschuere Ashaninka 2014 3000 Web](#)

13. Neue Broschüre zu Fairem Gold

“Auch faires Gold ist nicht unbedenklich. Eine Stellungnahme zu einer überfälligen Debatte”: unter diesem Titel fasst die Kampagne “Bergwerk Peru – Reichtum geht, Armut bleibt” ihre Debatte darüber, ob es Faires Gold geben kann, zusammen. Die Beiträge der Broschüre basieren auf einem Expertenhearing, das die Kampagne im Juni 2013 veranstaltete.

Die Broschüre kann hier heruntergeladen werden [auch faires gold ist nicht unbedenklich](#)

14. Veranstaltungshinweise

- **Berlin**

Dienstag, 9. September 2014, ab 19 Uhr

Stammtisch der Berliner Gruppe der Infostelle Peru

Ort: MERHABA im Haus der Demokratie und Menschenrechte (Greifswalder Str. 4, Tram 4 - Am Friedrichshain)

Info bei: ebeling.1@gmx.de

- **48165 Münster-Hiltrup**

Donnerstag, 11. September 2014, 19 Uhr

Ausstellungseröffnung "Mutter Erde - heilig oder ausgebeutet ?"

Mit dem peruanischen Künstler und Umweltaktivisten Roberto López

Die Ausstellung ist vom 11. -20. September zu sehen.

Ort: MSC-Welthaus, Westfalenstrasse 105-111, 48165 Münster-Hiltrup

Anmeldung erbeten bei: murboeck@msc-welthaus.de

- **Mainz-Lerchenberg**

Donnerstag, 02. Oktober 2014

Demokratietag 2014: "Gold und unsere Verantwortung"

Podiumsgespräch mit Abgeordneten der Fraktionen des Landtags Rheinland-Pfalz

Einführungs-Vortrag und Moderation: Dr. Hartmut Heidenreich, Zornheim

Ort: ZDF

- **Mainz**

Donnerstag, 9. Oktober 2014, 18 Uhr

„Faires Gold und seltene Erden“

Diskussionsveranstaltung mit Vorträgen von Vortrag „Gold – selten, aber auch fair?": Dr. Hartmut Heidenreich (Zornheim): Gold - selten, aber auch fair ?", sowie Dr. Volker Zepf (Univ. Augsburg), Dr. Doris Schüller (Öko-Institut Darmstadt)

Ort: Landeszentrale für politische Bildung Rheinland-Pfalz, Gerty-Spies Saal

- **München**

Freitag, 17. Oktober 2014 19 Uhr

Beendet die Zerstörung des amazonischen Regenwaldes

Veranstaltung mit Delegierten der Asháninka aus dem zentralen Regenwald

Perus im Rahmen der Klimapartnerschaft München-Asháninka.

Sie berichten über die Situation im Regenwald und Erfahrungen aus der Kooperation Münchens mit

den Asháninka.

Ort: Eine Welt Haus, Schwanthalerstr. 80 (U 4/5 Theresienwiese)

Veranstalter: Arbeitskreis München - Asháninka des Nord Süd Forum München e.V.

mehr Infos: www.nordsuedforum.de / Arbeitskreise

- **München**

Dienstag, 21. Oktober 2014 in München, 19 Uhr

Buen Vivir - indigene Konzepte vom "Guten Zusammenleben", vom Leben im peruanischen Regenwald

Lourdes Irova C. und Ociel Egoavil berichten über ihr Leben und Engagement im peruanischen Regenwald. Die Referenten sind im Rahmen der Partnerschaft München-Asháninka in München zu Gast.

Einführung: Heinz Schulze (Informationsstelle Peru e.V.),
Eintritt frei, spanisch mit Übersetzung.

Ort: Volkshochschule München im Kulturzentrum Gasteig
Veranstalter: Münchner Volkshochschule in Zusammenarbeit mit dem Arbeitskreis München - Asháninka des Nord Süd Forum München e.V.

- **Castrop-Rauxel**

Donnerstag, 23.10.14, 20 Uhr

„Gold kann man nicht essen - giftig ist es trotzdem.“ Der Goldbergbau in Peru und seine Folgen

Vortrag mit Film und Ausstellung: Dr. Hartmut Heidenreich, Zornheim

Ort: Kath. Gemeinde Heilig Kreuz, Wilhelmstrasse 5. Castrop-Rauxel

- **Münster**

24./25. Oktober 2014, Freitag 16.30 h - Samstag 15 Uhr

"Peru im 21. Jahrhundert. Geschichte, Kirche, Politik und Gesellschaft"

Referenten: Prof. Dr. Thomas Fischer (Eichstätt), Dr. Hartmut Heidenreich (Zornheim), Dr. Thomas Krüggeler (Bonn), Omar Handabaka (Lima/Düsseldorf), Dr. Ricardo Lagos (Velbert), Damian Raiser (Münster)

Ort: Franz-Hitze-Haus (Kath. Soziale Akademie), Münster - in Kooperation mit Kampagne Bergwerk Peru

Das Programm kann hier heruntergeladen werden [531 Peru Z](#)

<https://www.franz-hitze-haus.de/programm/14-531/>

- **Kassel**

24. - 26. Oktober 2014

Rückkehrerseminar "Perú - Cultivando mi experiencia. Möglichkeiten und Wege mich zu engagieren"

Ort: Jugendherberge Kassel

Organisiert von : Welthaus Bielefeld, Color Esperanza, Süsse Hoffnung, Mancay, Hören Helfen Peru , Aynikusun

Programm [2014 RS Kassel Peru - cultivando mi experiencia Flyer](#)

Anmeldeformular [2014 RS Kassel Anmeldeformular](#)

- **Offenburg**

Freitag, 21. November – Samstag, 22. November

„Sinnvoll leben und arbeiten – in Peru und Deutschland“

Informationsstelle Peru e.V. und KAB-Diözesanverband Freiburg

Infos bei: merk@infostelle-peru.de

- **Ingelheim**

28./29. November 2014

"Aufstieg Südamerikas? Politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklungen"

Referenten der Tagung: Dr. Hartmut Heidenreich (Zornheim), Nico Weinmann (Kassel), Dr. Florian Pfeil (Ingelheim). Dr. Leslie Wehner (Hamburg)

Ort: Fridtjof-Nansen-Akademie für politische Bildung im Weiterbildungszentrum, in Kooperation mit Landeszentralen für politische Bildung Rheinland-Pfalz und Hessen,

Programm: www.wbz-ingelheim.de/fileadmin/user_upload/FNA/PDF/Suedamerika_28.-29.11.2014.pdf

Sie können den Newsletter bestellen über die Website der

Informationsstelle Peru e.V., www.infostelle-peru.de

Rückmeldungen an die Newsletter-Redaktion bitte an

newsletter@infostelle-peru.de

Dieser Newsletter wird herausgegeben von der Informationsstelle Peru e.V. Er wird gefördert von ENGAGEMENT GLOBAL im Auftrag des



Der Herausgeber ist für den Inhalt alleine verantwortlich.

Die Informationsstelle Peru e.V. wird unterstützt von den Hilfswerken Misereor und Brot für die Welt – Evangelischer Entwicklungsdienst.

